



Graubünden | Grischun | Grigioni

Bürgerlich - Demokratische Partei (BDP) Graubünden
Partida burgais - democratica (PBD) dal Grischun
Partito borghese - democratico (PBD) dei Grigioni

Medienmitteilung

Chur, 21. Dezember 2018

BDP fordert neue Spielregeln für Waffenexporte

BDP Graubünden unterstützt Korrektur-Initiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer

Eine breite Allianz möchte, dass Parlament und Bevölkerung über Regelungen zu Kriegsmaterialexporten mitbestimmen können. So sollen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer und in Länder, die systematisch und schwerwiegend Menschenrechte verletzen, ein für alle Mal verhindert werden. Die BDP Graubünden unterstützt die kürzlich lancierte «Korrektur-Initiative».

Während die Rüstungskonzerne beim Bundesrat eine Lockerung der Ausführbestimmungen fordern hat sich die Bundeshausfraktion der BDP Schweiz intensiv mit der Situation rund um die Waffenexporte auseinandergesetzt. Sie fordert über drei verschiedene Vorstösse ein Umdenken und vor allem mehr demokratische Legitimation.

Unterstützt werden die Forderungen der BDP von einer breiten Allianz. So wurde kürzlich die Korrektur-Initiative lanciert, die neue Spielregeln in der Waffenexport-Politik fordert. Denn: «Mit der Korrektur-Initiative würde die Kontrolle über die Rüstungsexport-Politik nicht mehr auf Verordnungsebene, sondern auf Verfassungs- und Gesetzesebene geregelt. Nur so ist eine Mitsprache von Parlament und Bevölkerung gewährleistet» ist Nationalrat Duri Campell überzeugt.

Die Lancierung der Korrektur-Initiative stellt sicher, dass die humanitäre Tradition der Schweiz verteidigt und die demokratische Mitbestimmung der Bevölkerung sichergestellt wird. Wie wichtig diese Mitbestimmung ist, zeigte sich in den letzten Monaten, als der Bundesrat seinen Entscheid, künftig Kriegsmaterialexporte in Bürgerkriegsländer zu erlauben, unter dem Druck der Bevölkerung rückgängig machen musste.

Das Ziel der «Korrektur-Initiative» ist es, die Hintertüre für Waffenexporte in Bürgerkriegsländer zu schliessen. «Bleiben die Bestimmungen auf der Verordnungsebene festgeschrieben, kann der Bundesrat jederzeit eine erneute Lockerung gewähren», stellt Campell klar. Waffenexporte in Bürgerkriegsländer und in Länder, die systematisch und schwerwiegend Menschenrechte verletzen, sollen nun aber ein für alle Mal verhindert werden. «Die Entscheidung, ob die Schweiz mit Waffenexporten kriegerische Auseinandersetzungen in aller Welt mit unterstützen soll, darf nicht weiter vom Bundesrat allein getroffen werden, sondern geht uns alle etwas an», so Campell.

Die Geschäftsleitung der BDP Graubünden unterstützt die die «Korrektur-Initiative» und deren Forderung nach neuen Spielregeln für Waffenexporte.

Weitere Informationen zur Initiative und zur Unterschriftensammlung befinden sich unter www.wecollect.ch

Rückfragen an:

Beno Niggli, Präsident der BDP GR, 079 327 39 63, beno-niggli@bluewin.ch

Duri Campell, Nationalrat, 079 222 03 87, duri.c@mpell.ch